



Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Brandenburg

Teil I – Gesetze

34. Jahrgang

Potsdam, den 29. Juni 2023

Nummer 14

Gesetz zur Änderung lehrerbildungsrechtlicher und besoldungsrechtlicher Vorschriften

Vom 28. Juni 2023

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Brandenburgischen Lehrbildungsgesetzes

Das Brandenburgische Lehrbildungsgesetz vom 18. Dezember 2012 (GVBl. I Nr. 45), das zuletzt durch das Gesetz vom 31. Mai 2018 (GVBl. I Nr. 10) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

- a) Nach der Angabe zu § 8 werden folgende Angaben eingefügt:

„Abschnitt 3

Befähigung als Bildungsamtfrau oder Bildungsamtmann sowie als Bildungsamtsrätin oder Bildungsamtsrat an allgemeinbildenden Schulen und an Oberstufenzentren

- § 8a Allgemeine Voraussetzungen
- § 8b Befähigung als Bildungsamtfrau oder Bildungsamtmann an allgemeinbildenden Schulen und an Oberstufenzentren
- § 8c Befähigung als Bildungsamtsrätin oder Bildungsamtsrat an allgemeinbildenden Schulen und an Oberstufenzentren
- § 8d Verordnungsermächtigungen“.

- b) Die bisherigen Angaben zu den Abschnitten 3 bis 6 werden die Angaben zu den Abschnitten 4 bis 7.

2. Nach § 1 Absatz 4 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Für die gemäß Abschnitt 3 durchzuführenden Maßnahmen zum Erwerb der Befähigung als Bildungsamtfrau oder Bildungsamtmann sowie als Bildungsamtsrätin oder Bildungsamtsrat an allgemeinbildenden Schulen und an Oberstufenzentren soll spätestens fünf Jahre nach deren Einführung eine Evaluation der Maßnahmen durchgeführt werden.“

3. § 7 Absatz 1 Satz 2 und 3 wird wie folgt gefasst:

„Soweit der Hochschulabschluss nicht den Einsatz in zwei Fächern gestattet, können fehlende Studien- und Prüfungsleistungen durch weitere Studien ergänzt werden. Satz 1 gilt nicht für Personen, die ausschließlich einen Bachelorabschluss erworben haben oder an einer Fachhochschule einen Diplomabschluss, der den Besuch eines Diplomstudienganges mit einer Regelstudienzeit von weniger als vier Jahren erfordert, erworben haben.“

4. Nach § 8 wird folgender Abschnitt 3 eingefügt:

„Abschnitt 3

Befähigung als Bildungsamtfrau oder Bildungsamtmann sowie als Bildungsamtsrätin oder Bildungsamtsrat an allgemeinbildenden Schulen und an Oberstufenzentren

§ 8a

Allgemeine Voraussetzungen

(1) Lehrkräfte ohne Lehrbefähigung, die zur Deckung des Unterrichtsbedarfs dauerhaft in den Schuldienst eingestellt werden, einen Bachelorabschluss oder den Abschluss eines Diplomstudienganges einer Fachhochschule (Studienabschluss) nachweisen und bei denen die sonstigen fachlichen Voraussetzungen zum Unterrichten in mindestens einem Unterrichtsfach vorliegen, können eine Befähigung nach Maßgabe der §§ 8b und 8c erwerben.

(2) Die sonstigen fachlichen Voraussetzungen zum Unterrichten in einem Fach liegen vor, wenn

1. im Rahmen einer achtzehnmonatigen Zertifikatsqualifizierung Studienleistungen im Umfang von 45 Leistungspunkten und
2. das Bestehen einer Prüfung

nachgewiesen werden. Die Berechnung der Leistungspunkte erfolgt nach dem Europäischen System zur Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen (Leistungspunkte nach ECTS).

(3) Die sonstigen fachlichen Voraussetzungen zum Unterrichten in zwei Fächern liegen vor, wenn

1. fachwissenschaftliche Studien im Rahmen des Studienabschlusses für ein Fach anerkannt und im Rahmen einer achtzehnmonatigen Zertifikatsqualifizierung Studienleistungen im Umfang von 45 Leistungspunkten nach ECTS,
2. im Rahmen von zwei jeweils achtzehnmonatigen Zertifikatsqualifizierungen Studienleistungen im Umfang von je 45 Leistungspunkten nach ECTS oder
3. fachwissenschaftliche Studien im Rahmen des Studienabschlusses für zwei Fächer anerkannt und eine achtzehnmonatige Zertifikatsqualifizierung ohne fachwissenschaftliche Anteile

nachgewiesen werden. Das Bestehen einer Prüfung ist jeweils nachzuweisen.

(4) Die Befähigung für ein Amt gemäß § 8b oder § 8c wird schulstufen- oder schulformbezogen erworben. Maßgeblich für die Feststellung sind Inhalte der Zertifikatsqualifizierung. Bei lehramtsbezogenen Bachelorabschlüssen wird die Befähigung nach Maßgabe des lehramtsbezogenen Studienganges erworben.

§ 8b

Befähigung als Bildungsamtfrau oder Bildungsamtmann an allgemeinbildenden Schulen und an Oberstufenzentren

Die Befähigung als Bildungsamtfrau oder Bildungsamtmann an allgemeinbildenden Schulen und an Oberstufenzentren erwirbt, wer die Voraussetzungen zum Unterrichten in einem Fach gemäß § 8a Absatz 2 nachweist.

§ 8c

Befähigung als Bildungsamtsrätin oder Bildungsamtsrat an allgemeinbildenden Schulen und an Oberstufenzentren

- (1) Die Befähigung als Bildungsamtsrätin oder Bildungsamtsrat an allgemeinbildenden Schulen und an Oberstufenzentren erwirbt, wer die Voraussetzungen zum Unterrichten in zwei Fächern gemäß § 8a Absatz 3 nachweist.
- (2) Der Nachweis eines in der Bundesrepublik Deutschland erworbenen lehramtsbezogenen Bachelorabschlusses ersetzt die Anerkennung der fachwissenschaftlichen Studien im Rahmen des Studienabschlusses für zwei Fächer im Sinne des § 8a Absatz 3 Satz 1 Nummer 3.

§ 8d

Verordnungsermächtigungen

Das für Schule zuständige Mitglied der Landesregierung wird ermächtigt, im Einvernehmen mit den für Wissenschaft, Inneres und Finanzen zuständigen Mitgliedern der Landesregierung das Nähere zum Befähigungserwerb durch Rechtsverordnung zu regeln, insbesondere

1. die Feststellung der individuellen Voraussetzungen für den Befähigungserwerb,
 2. die Art und den Umfang der nachzuweisenden Studienleistungen und deren Bewertung,
 3. die für den Befähigungserwerb zugelassenen Fächer,
 4. Umfang und Inhalt der Ausbildungsziele,
 5. die Organisation der Ausbildungsmaßnahmen sowie das Zulassungsverfahren,
 6. Bewertung der Leistungen während der Ausbildung und im Rahmen der Prüfung,
 7. die Zulassungsvoraussetzungen zur Prüfung,
 8. das Verfahren und die Bestandteile der Prüfung, Ermittlung der Noten sowie die Zusammensetzung der Prüfungsausschüsse und Berufung der Mitglieder,
 9. die Folgen der Leistungsverweigerung während der Prüfung sowie das Nichtbestehen der Prüfung und
 10. die Zeugnisse und Bescheinigungen.“
5. Der bisherige Abschnitt 3 wird Abschnitt 4.
 6. § 11 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Wer die Befähigung für ein Lehramt, die Zugangsvoraussetzungen für den Vorbereitungsdienst für ein Lehramt, eine Lehrbefähigung nach dem Recht der Deutschen Demokratischen Republik oder eine Befähigung gemäß Abschnitt 3 nachweist, kann eine Lehrbefähigung in einem weiteren Fach oder weiteren Fächern erwerben, wenn

 1. die erforderlichen Studien- und Prüfungsleistungen durch ein Hochschulstudium nachgewiesen werden oder
 2. eine gleichwertige Weiterbildungsmaßnahme an einer Einrichtung der Lehrerfort- und -weiterbildung absolviert wird.“
 - b) In Absatz 2 Satz 1 werden nach den Wörtern „ein Lehramt“ die Wörter „oder eine Befähigung gemäß § 8c Absatz 2“ eingefügt.

7. Der bisherige Abschnitt 4 wird Abschnitt 5.
8. § 13 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 Satz 2 werden nach dem Wort „Lehramtsbefähigungen“ die Wörter „oder Zertifikatsqualifizierungen gemäß Abschnitt 3“ eingefügt.
 - b) Nach Absatz 3 Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:

„Satz 1 gilt entsprechend für eine Befähigung gemäß Abschnitt 3.“
9. Der bisherige Abschnitt 5 wird Abschnitt 6.
10. § 15 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nummer 1 werden nach dem Wort „Staatsprüfung“ die Wörter „sowie dem Befähigungserwerb gemäß Abschnitt 3“ eingefügt.
 - b) Es wird folgender Satz angefügt:

„Das für Schule zuständige Mitglied der Landesregierung wird ermächtigt, die Aufgaben durch Rechtsverordnung auf eine nachgeordnete Behörde oder Einrichtung im Zuständigkeitsbereich des für Schule zuständigen Ministeriums zu übertragen.“
11. Der bisherige Abschnitt 6 wird Abschnitt 7.
12. Dem § 18 wird folgender Absatz 9 angefügt:

„(9) Wer auf der Grundlage des § 7 Absatz 1 oder 2 in der bis zum 29. Juni 2023 geltenden Fassung berufsbegeleitend am Vorbereitungsdienst teilnimmt oder zum Vorbereitungsdienst zugelassen wurde, absolviert den Vorbereitungsdienst auf dieser Rechtsgrundlage.“

Artikel 2

Änderung des Brandenburgischen Besoldungsgesetzes

Die Anlage 1 (Besoldungsordnungen A und B) des Brandenburgischen Besoldungsgesetzes vom 20. November 2013 (GVBl. I Nr. 32 S. 2, Nr. 34), das zuletzt durch das Gesetz vom 24. März 2023 (GVBl. I Nr. 8) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Besoldungsgruppe A 11 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach der Amtsbezeichnung „Amtsinspektorin, Amtsinspektor ¹⁾“ wird folgender Abschnitt eingefügt:

„Bildungsamtfrau, Bildungsamtmann
- an allgemeinbildenden Schulen und an Oberstufenzentren ²⁾“.
 - b) Nach Fußnote 1 wird folgende Fußnote 2 eingefügt:

„²⁾ Als Eingangsamt.“
 - c) Der bisherige Fußnotenhinweis 2 und die bisherige Fußnote 2 werden jeweils der Fußnotenhinweis 3 und die Fußnote 3.

2. Die Besoldungsgruppe A 12 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach der Amtsbezeichnung „Amtsrätin, Amtsrat“ wird folgender Abschnitt eingefügt:

„Bildungsamtsrätin, Bildungsamtsrat

- an allgemeinbildenden Schulen und an Oberstufenzentren ²⁾“.
 - b) Nach Fußnote 1 wird folgende Fußnote 2 eingefügt:

„²⁾ Auch als Eingangsamt.“
 - c) Der bisherige Fußnotenhinweis 2 und die bisherige Fußnote 2 werden jeweils der Fußnotenhinweis 3 und die Fußnote 3.

Artikel 3

Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes

§ 124 Absatz 2 des Brandenburgischen Schulgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. August 2002 (GVBl. I S. 78), das zuletzt durch das Gesetz vom 5. April 2022 (GVBl. I Nr. 7) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Satz 1 wird das Wort „drei“ durch das Wort „zwei“ ersetzt.
2. Satz 2 wird aufgehoben.
3. Im neuen Satz 3 werden die Wörter „gelten die Sätze 1 und 2“ durch die Wörter „gilt Satz 1“ ersetzt.

Artikel 4

Befristung von Änderungen des Brandenburgischen Lehrerbildungsgesetzes

Das Brandenburgische Lehrerbildungsgesetz vom 18. Dezember 2012 (GVBl. I Nr. 45), das zuletzt durch Artikel 1 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht werden die Angaben zu Abschnitt 3 und zu den §§ 8a bis 8d gestrichen.
2. § 1 Absatz 4 Satz 2 wird aufgehoben.
3. Abschnitt 3 wird aufgehoben.
4. § 11 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„Wer die Befähigung für ein Lehramt oder die Zugangsvoraussetzungen für den Vorbereitungsdienst für ein Lehramt nachweist oder eine Lehrbefähigung nach dem Recht der Deutschen Demokratischen Republik erworben hat, kann eine Lehrbefähigung in einem weiteren Fach oder weiteren Fächern erwerben, wenn

 1. die erforderlichen Studien- und Prüfungsleistungen durch ein Hochschulstudium nachgewiesen werden oder
 2. eine gleichwertige Weiterbildungsmaßnahme an einer Einrichtung der Lehrerfort- und -weiterbildung absolviert wird.“

- b) In Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „oder Befähigung gemäß § 8c Absatz 2“ gestrichen.
5. § 13 wird wie folgt geändert:
- a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „oder Zertifikatsqualifizierungen gemäß Abschnitt 3“ gestrichen.
 - b) Absatz 3 Satz 2 wird aufgehoben.
6. In § 15 Absatz 1 Nummer 1 werden die Wörter „sowie dem Befähigungserwerb gemäß Abschnitt 3“ gestrichen.

Artikel 5

Inkrafttreten

- (1) Artikel 1 und 2 treten am Tag nach der Verkündung in Kraft.
- (2) Artikel 3 tritt am 1. August 2023 in Kraft.
- (3) Artikel 4 tritt am 1. Januar 2030 in Kraft.

Potsdam, den 28. Juni 2023

Die Präsidentin
des Landtages Brandenburg

Dr. Ulrike Liedtke

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtages Brandenburg